

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22.

Sechszehnjähriger Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: **Belletristische Beilage**; jeden Freitag: **Der sächsische Landwirt**; jeden Sonntag: **Illustriertes Sonntagsblatt.**

Erscheint jeden Montag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1. 50 J., bei Zustellung ins Haus 1. 70 J., bei allen Postanstalten 1. 80 J. einzeln Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 J.

Bestellungen werden angenommen: für Bischofswerda und Umgegend bei unserem Zeitungs-Laden, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6587. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die vierspaltige Kopfzeile 12 J., die Restzeile 30 J. Geringster Inseratenbetrag 40 J. Für Rückzahlung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 3. August 1910, nachm. 5 Uhr, im Bürgerhalle des Rathauses.

Tagessordnung: Beschlüsse des Stadtrats betreffend:

1. Erweiterung des Stadtkrankenhauses,
2. Befestigung der Revierförsterstelle,
3. Entwurf zu einem neuen Tanzregulativ.

Bischofswerda, am 2. August 1910.

Das Neueste vom Tage.

Staatssekretär von Bethmann Hollweg und Staatssekretär v. Riberich-Wächter sind gestern in Swinemünde vom Kaiser empfangen worden.

Aber die Hohenzollern in Schlesien ging gestern ein Balkenhaus nieder, der große Überschwemmungen und ungeheuren Schaden anrichtete. (Siehe letzte Depeschen.)

Auf dem Trauzug im Salzammergut sind während eines Sturmes 15 Personen ertrunken. (Siehe Sonderartikel.)

In Paris sind die Dachbeder und die Klein- und Hilarbeiter in den allgemeinen Ausstand getreten. Es kommen mehr als 12 000 Arbeiter und 1200 Unternehmer in Betracht. (Siehe Frankreich.)

Der Vatikan hat den päpstlichen Nuntius in Madrid noch nicht abberufen. (Siehe Spanien.)

Eine neue Parole für Regierung und Parteien

gibt ein rechtsstehender Politiker in der „Post“, nachdem er seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben hat, daß die Verärgerung des Volkes nur eine künstliche Folge schwarzseherischer Blaumacherei sei. Dann schreibt er u. a.:

„Wenn nun aber bestimmte Verärgerungsgründe vorliegen und noch anderthalb Jahre und von den Wahlen trennen, so ist ja Zeit genug vorhanden, um die Sache einzurenden und die Stimmung umzuwandeln. Was ist dazu erforderlich? Zuerst eine männliche, selbst- und zweckbewusste auswärtige Politik, die dem unserem lächtigen, aufstrebenden Volk innewohnenden Machtgefühl Ausdruck verleiht. Die zweite ebenso wichtige Forderung ist ein gutes Budget für 1911. Wir haben das Vertrauen zur Energie und zu dem hohen Verantwortlichkeitsgefühl des Reichsfinanzsekretärs, daß er ebenso wie 1910 die Ressorts seiner Kollegen streng und knapp behandeln, und daß es ihm wieder gelingen wird, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Die Aufgabe ist diesmal doppelt schwer; denn 1911 ist und bleibt das kritische Jahr der Reichsfinanzen. Zum dritten: Die Reichsregierung stütze sich nicht auf das Zentrum und partiiere nicht mit ihm, da nichts dabei zu gewinnen, wohl aber schwere moralische Einbuße zu erleiden ist. Seit der gegen die öffentliche Meinung zustande gekommenen Finanzreform, und gar seit der durch die Enzyklika hervorgerufenen allgemeinen Erbitterung gegen Rom wäre jede Einneigung der Regierung nach jener Seite hin ein Verlust an Prestige und an Volkstüchtigkeit. Die Erfahrung hat gelehrt, daß man die große Partei mit

ihrem Anhang von Polen und Welschen nicht ausschalten kann; aber es muß alles geschehen, um sie nicht Herr über die Geschicke des Reiches werden zu lassen. Bleibt endlich die Wahlreform in Preußen. Mit einer glücklichen Wendung auf diesem Gebiet wäre der letzte Kummer zu bannen und viel Verärgerungsstoff zu beseitigen. Gewiß kann sich Preußen nicht wie ein kleiner Staat den Luxus des Reichstagswahlrechts gestatten, dazu ist die Rolle, die es zur Erhaltung der Macht und Autorität durchzuführen berufen ist, eine viel zu hohe und große. Der Unterschied im politischen Denken zwischen Nord- und Süddeutschland ist ein weiter. Deshalb suchen wir ein Vorbild lieber nicht im Süden, wohl aber in unserem norddeutschen Nachbarstaat Sachsen, der mit uns gleiche Lebensinteressen in der stetig wachsenden Industrie hat und denselben tapferen Kampf gegen die internationale Sozialdemokratie kämpft. Man sollte meinen, daß die neuen Grundlagen des Wahlrechts, die dort gefunden sind, auch für Preußen passen könnten, wenn man sie nach den Verhältnissen und den gemachten Erfahrungen modert. Geheimnis und direktes Wahlrecht sind nun einmal Schlagworte geworden, die nicht wieder aus der Welt zu schaffen sind und die mancher so töricht ist, als Menschenrechte zu erachten. Man bewillige sie. Das Plural-Wahlrecht ist so sehr beweglich und anpassungsfähig, daß es vielleicht auch für preussische Verhältnisse zurechtgelegt werden kann. In Sachsen war man genötigt, die zweite Stimme schon bei 1500 M Einkommen zu bewilligen, weil dort schon das Einkommen von 400 M an besteuert wird. Da die preussische Einkommensteuer erst bei 900 M einsetzt, so kann auch die Grenze für die zweite Pluralstimme erheblich höher gelegt werden. Damit aber wäre der Sozialdemokratie ein mächtiger Damm gezogen. Pluralwahlrecht und Beibehalt der bisherigen historisch eingelebten Wahlkreiseinteilung würden Preußen ein Landtagswahlrecht schaffen, das weitgehende liberale Forderungen befriedigt und doch die politischen Aufgaben der Krone und des Staates Preußen zu lösen wirksam beitragen würde. Sollten diese Betrachtungen schon zu feyerlich sein? Man erwäge das einzelne und beobachte die Stimmung im Volk. Viel, viel Ärger wäre damit aus der Welt geschafft und den Wahlen von 1911 aufs beste vorgearbeitet.“

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Ein Bittsteller an Bord der „Hohenzollern“. Die Kaiserjacht „Hohenzollern“, die am Sonnabend mit dem Kaiser an Bord am Bollwerk in Swinemünde vertaut war, hatte am Sonnabend abend unliebsamen Besuch. Einem Trunkenen, der dem Kaiser ein Anliegen vorbringen wollte, war es gelungen, bis an die Schiffstreppe vorzudringen, wo er dann verhaftet wurde. Über den

Vorfall wird aus Swinemünde gemeldet: Der Kaufmann R. Hornemann, der in Neustettin ein Geschäft hatte und in Konkurs geraten war, hatte sich in seiner Verzweiflung einen Rausch angetrunken. In animierter Stimmung kam Hornemann der Gedanke, sich an den Kaiser zu wenden und diesen um materielle Hilfe anzusuchen. Die „Hohenzollern“ lag hier direkt am Bollwerk. Es war dem H. gelungen, unbemerkt durch die Gendarmenposten zu kommen. Er gelangte aber nur bis auf die zur „Hohenzollern“ führende Treppe, wo er angehalten und verhaftet wurde. Nach eingehendem Verhör wurde Hornemann am Sonntag vormittag wieder auf freien Fuß gesetzt.

Soldatenerkrankungen in Metz. Wahrscheinlich infolge übermäßigen Genusses des stark kalkhaltigen Metz Wasser sind über 50 Soldaten der Garnison an der Ruhr erkrankt; das Gouvernement hat die strengsten Absperrungs- und Desinfektionsmaßnahmen ergriffen, und zwar bei allen Regimentern ohne Ausnahme. Es dürfen keinerlei Zivilpersonen mehr die Kasernen betreten, und niemand darf sie außerdienstlich verlassen, und auch die dienstlich draußen beschäftigten Mannschaften usw. betreten. Die Korpsmanöver, die am 18. d. M. ihren Anfang nehmen sollten, hat man fallen lassen; ob das 16. Korps an den Brigade- und Divisionsmanövern teilnimmt, bleibt noch abzuwarten. — Auch aus Straßburg sind Meldungen nach Metz gelangt, daß dort einige Soldaten von typhusartiger Erkrankung befallen wurden.

Die Bildung des „Freiwilligen Motorfahrerkorps“ gescheitert. Vor kurzem fanden Beratungen zwischen Vertretern des preussischen Kriegsministeriums, des Großen Generalstabs, der Inspektion der Verkehrstruppen und der Versuchsabteilung der Verkehrstruppen statt, die sich mit der Organisation und Bildung eines deutschen Freiwilligen Motorfahrerkorps befaßten. Als Ergebnis der Konferenzen wurde beschlossen, daß von der Bildung des Korps zunächst Abstand genommen werden muß, da die gegenwärtig benutzten Kraftfahrzeuge als noch nicht kriegsbrauchbar angesehen werden müssen. Man sieht in den Kraftfahrzeugen erst dann ein kriegsbrauchbares Hilfsmittel, wenn das bereits lange in Aussicht gestellte Einheitsrad allen militärischen Anforderungen entspricht. Bei den Beratungen wurde festgestellt, daß die bis jetzt bei den Kaisermanövern und anderen großen Truppenübungen zur freiwilligen Mitwirkung herangezogenen Motorfahrer es nicht an Eifer für die Sache haben fehlen lassen, was aber natürlich nicht das Fehlen der Vorbedingung für die Gründung des Korps — ein kriegsbrauchbares Einheitsrad — ersetzen kann. Im übrigen will die Heeresverwaltung im Vertrauen auf die Fortschritte der Motorradindustrie auch fernerhin freiwillige Motorradfahrer bei den größeren Übungen usw. hinzuziehen.